

Henne, Wolfgang

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: Weitere Steuermindereinnahmen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Henne, Wolfgang (2003) : Konjunkturschlaglicht: Weitere Steuermindereinnahmen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 83, Iss. 12, pp. 809-810

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42101>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturschlaglicht: Weitere Steuermindereinnahmen

Die anhaltende wirtschaftliche Stagnation in Deutschland schlägt sich auch in der Entwicklung der Steuereinnahmen nieder. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres ist das kassenmäßige Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Zwar sind die Einnahmen aus Bundessteuern noch um gut 3% gestiegen, was zum größten Teil der Strom- und Tabaksteuer sowie der Mineralölsteuer zu verdanken ist. Dagegen sind die Einnahmen aus den Einkommen- und Umsatzsteuern (gemeinschaftliche Steuern) um gut 1% und die Ländersteuern um 0,2% gesunken. Maßgeblichen Anteil an der schwachen Aufkommensentwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern hatten die veranlagte Einkommensteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und die Umsatzsteuern, die zusammen um rund 8,7 Mrd. Euro niedriger waren als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dagegen sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um 4,6 Mrd. Euro und aus der Lohnsteuer um 1,3 Mrd. Euro gestiegen. Bei der Körperschaftsteuer wirkt sich das Auslaufen der mit dem Systemwechsel im Jahre 2000 verbundenen Sondereffekte aus, die 2001 noch zu Nettorückzahlungen an die Unternehmen geführt hatten.

Anfang November hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ seine aktuelle Projektion für die Jahre

2003 und 2004 vorgelegt. Da die konjunkturelle Entwicklung hinter den Erwartungen zurückblieb – im Mai dieses Jahres war man noch von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um ¾% im Jahresdurchschnitt ausgegangen, im November lediglich von einer Stagnation – hat der Arbeitskreis gegenüber der Schätzung im Mai die für dieses Jahr erwarteten Steuereinnahmen um 8,2 Mrd. Euro auf knapp 442 Mrd. Euro zurückgenommen (vgl. Tabelle). Die Korrekturen betrafen vor allem die Lohn- und Umsatzsteuern; hier liegen die Mindereinnahmen bei 4,3 Mrd. Euro. Bei den Ländersteuern gab es dagegen kaum Veränderungen; die Schätzung des Gewerbesteueraufkommens für das laufende Jahr wurde nach einer überraschend positiven Entwicklung im ersten Halbjahr 2003 sogar um 900 Mill. Euro nach oben korrigiert.

Für das kommende Jahr erwartet der Arbeitskreis aus heutiger Sicht ein Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 453,4 Mrd. Euro, das sind 10,9 Mrd. Euro weniger als noch im Mai. Auch für das Jahr 2004 wurden die Wachstumsannahmen deutlich zurückgenommen. Jetzt wird nur noch mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1 ½ bis 2% und von 2 ½% nominal gerechnet (Mai: 2% bzw. 3%). Unter der aktuellen Annahme ergibt sich 2004 eine Zunahme der Steuereinnahmen um 2 ¾%. Da bei der Steuerschätzung üblicherweise vom jeweils

Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ Mai 2003 bis November 2003

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Mai 2003							
Steuern insgesamt (in Mrd.Euro)	446,2	441,7	449,8	464,3	468,7	492,1	510,8
Zuwachsrate in %		-1,0	1,8	3,2	1,0	5,0	3,8
Abweichung gegenüber Nov. bzw. Mai 2002 in Mrd.Euro			-8,7	-34,3	-39,6	-43,8	-
darunter: Steuerrechtsänderungen			1,8	2,0	3,8	2,7	-
Schätzabweichung			-10,5	-36,3	-43,4	-46,5	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)	21,6	21,0	20,9	20,9	20,5	20,8	20,9
		nachrichtlich					
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)							
Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995)	1980,8	0,2	¾	2	2 ½	2 ½	2 ½
Bruttoinlandsprodukt nominal	2071,2	1,8	2	3	3 ½	3 ½	3 ½
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	905,1	0,7	1	2	3	3	3
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	410,9	5,1	4	4	4	4	4
November 2003¹							
Steuern insgesamt (in Mrd.Euro)	446,2	441,7	441,6	453,4	-	-	-
Zuwachsrate in %		-1,0	-0,0	2,7	-	-	-
Abweichung gegenüber Mai 2003 in Mrd.Euro			-8,2	-10,9	-	-	-
darunter: Steuerrechtsänderungen			-0,3	-0,4	-	-	-
Schätzabweichung			-7,9	-10,6	-	-	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)	21,5	20,9	20,7	20,7	-	-	-
		nachrichtlich					
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)							
Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995)	1986,2	0,2	0	1 ½ - 2	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt nominal	2073,7	1,8	1	2,5	-	-	-
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	903,7	0,7	0	1 ½	-	-	-
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	420,9	4,8	1 ½	5	-	-	-

¹ Im November werden die Steuereinnahmen üblicherweise nur für das laufende und das folgende Jahr geschätzt.

geltenden Steuerrecht ausgegangen wird, sind insbesondere die Auswirkungen des Vorziehens der dritten Steuerreformstufe auf das Jahr 2004 und der im Haushaltsstabilisierungskonzept 2004 geplante Abbau von Steuervergünstigungen wie zum Beispiel bei der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale noch nicht in den vorstehenden Zahlen enthalten. Ebenso wenig erfasst sind potentielle Erträge aus der geplanten Steueramnestie. Würden die Maßnahmen in der von der Bundesregierung vorgesehenen Form in Kraft treten, käme es nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank zu weiteren Steuerausfällen in Höhe von bis zu 6 ½ Mrd. Euro¹.

¹ Vgl. Monatsbericht der Bundesbank, November 2003, S. 56 f.

² Vgl. dazu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, HWWA-Report 235, Hamburg 2003, S. 55 ff. Im Report werden üblicherweise nur die Steuereinnahmen in der Abgrenzung der volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausgewiesen (Tabelle 7, S. 78), die mit 491,9 Mrd. Euro erheblich höher liegen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute waren in ihrem Herbstgutachten vom Oktober 2003 ebenfalls davon ausgegangen, dass die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen wird und dass es, ähnlich wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, zu einem Abbau von Steuervergünstigungen kommt. Sie prognostizierten unter diesen Annahmen für das Jahr 2004 ein kassenmäßiges Steueraufkommen in Höhe von 450 Mrd. Euro². Im Vergleich zur aktuellen Schätzung des Arbeitskreises bedeutet dies Mindereinnahmen in Höhe von 3,4 Mrd. Euro. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist allerdings noch nicht absehbar, wie die von der Bundesregierung geplanten steuerwirksamen Maßnahmen nach dem Durchlaufen des Vermittlungsausschusses letztlich aussehen werden. Schon deshalb sind Prognosen über die Höhe der für nächstes Jahr zu erwartenden Steuereinnahmen gegenwärtig mit hoher Unsicherheit behaftet.

Wolfgang Henne, Tel. 040/42834-456

henne@hwwa.de